

Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post h. s. j. 3.00 M. Anzeigenpreis: Die 6 gespalt. Millimeter zeile für Arbeitergenosse 1.00 M. Geschäfts- u. Privatanzeigen 1.20 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Clapeyron 17. Fernruf 3366 und 3367. Schluß der Redaktion: Samstag morgens 11 Uhr. Sonstigen u. Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 50

Duisburg, den 10. Dezember 1921

22. Jahrgang

Der erste internationale Kongreß unserer Christlichen Metallarbeiterorganisationen

II.

Die Aussprache über die organisatorische Lage und die agitativen Möglichkeiten ergab interessante Bilder. Wir wollen sie kurz folgen lassen.

Ungarn. Die Organisation ist noch jung und hat jetzt in den Privatwerken 6340 Mitglieder. Die Sozialisten geben 65 000 an, jedoch sind die Zahlen unzuverlässig zu hoch. Die Gesamtzahl der Eisen- und Metallarbeiter Ungarns beträgt 244 000. Der Beitrag steht jetzt auf 5 Kronen wöchentlich, während er früher 4 Kronen im Monat betrug. Die Verbandseinnahme von Mai-Oktober 1921 beträgt 190 000 Kronen. Unsere Bruderorganisation geht von dem Grundsatz aus, daß die Mitglieder das Zeugnis idealen Geistes ausstellen, daß sie zunächst auf jede Unterstützung verzichten und alle verfügbaren Gelder zur Agitation verwenden. In den Fabriken herrscht trotz allen Gesichts nicht der weiße Terror, sondern der rote.

Schweiz. Organisationsfähige Metallarbeiter 150 000. Der sozialistische Metallarbeiterverband 70 000. Unser Verband 3500. Trotzdem ist er infolge seiner inneren Geschlossenheit und seines Kampfes ein sehr beachtenswerter Faktor. So konnte er im Jahre 1920 für seine Mitglieder eine Lohnerhöhung von 15 389 000 Fr. erzielen. Trotz des Druckes des roten Metallarbeiterverbandes konnte der Schweizerische Bruderverband in den letzten 5 Jahren seine Zahlen um das 4fache erhöhen, während die rote selbst nur eine bloße Stärkung aufweisen konnte.

Italien. Die Anzahl der Metallarbeiter beträgt rund 420 000. Unser Bruderverband hat davon am 1. Januar 20 370 organisiert, der sozialistische Metallarbeiterverband rund 50 000. Der Beitrag — Zentral- und Lokalbeitrag — beträgt 80—85 Cts (8—3,50 M.) pro Woche. Die Unterstützung für Arbeitslosigkeit, Streik, Ausperrung usw. beträgt pro Tage 2,50—0,70 Lire (25—7 M.). Eine ähnliche Unterstützung gibt es bei Krankheit. An Unterstützungen wurden von September 1920—21 bezahlt 400 000 Lire.

Österreich. Der Verband wurde im Jahre 1906 gegründet und hatte bei Kriegsausbruch 1100 Mitglieder. Der Krieg warf die Zahlen gewaltig zurück und nach der Revolution setzte der rote Terror mit einer Wucht ein, wie kaum in einem anderen Land. Trotzdem gelang es, 3000 Kollegen zu gewinnen, die als aufrechte Männer sich der roten Frustration nicht beugten. Infolge der durch die gelungenen Kämpfe mußten die Beiträge pro Woche von 1 auf 30 Kronen erhöht werden. Die Einnahmen betrugen im Jahre 1920 195 000 Kronen, die Ausgaben 120 000 Kronen. An Unterstützungen werden die Arten gegeben, die auch in Deutschland üblich sind.

Frankreich. Die christl. Gewerkschaftsbewegung in Frankreich ist seit den letzten Jahren im Aufblühen begriffen. Der christliche Metallarbeiterverband hat, trotzdem er nicht so viele Mitglieder hat wie der sozialistische, doch einen sehr starken Einfluß, und er hat schon mehr als einmal verfahrenseinstellungen gerettet. Der Wirtschaftsrat beim Arbeitsministerium ist mit 21 Arbeitern besetzt, die zwei Vertreter der Metallarbeiter sind beide christlich. Die Wahlen zum Wirtschaftsrat haben deutlich gezeigt, daß der rote Verband bei weitem nicht die Stärke besitzt, die er in der Öffentlichkeit angibt. Die Beiträge stehen auf 1—3 Fr. pro Monat. Das Verständnis für höhere Beiträge fehlt vorläufig noch in der gesamten französischen Gewerkschaftsbewegung. Streikunterstützung ist noch nicht durchgeführt, dagegen wohl Arbeitslosenunterstützung.

Belgien. Der christliche Metallarbeiterverband entwickelt sich stetig, wenn auch langsam. Sein Fortschritt wird gehemmt durch den roten Terror, dem aber die gesamte christliche Gewerkschaftsbewegung allmählich einen starken Damm entgegensetzt. Seine Mitgliederzahl beträgt jetzt ungefähr 6500. Die Unterstützungsarten sind nach Höhe und Geltung den deutschen im allgemeinen gleich. Ebenso die Beiträge.

Holland. Der christliche Metallarbeiterverband, der mit dem römisch-katholischen Metallarbeiterverband in einem engen Kartellverhältnis steht, zählt jetzt 3000 Mitglieder. Seine Finanzen sind befriedigend. Die Unterstützungsarten entsprechen den deutschen. Der römisch-katholische Metallarbeiterverband hat über 15 000 Mitglieder. Beide Verbände sind stärker als der sozialistische Metallarbeiterverband. Der Vermögensbestand der letzteren beläuft sich auf 161 000 Gulden. Die Beiträge sind 1,00 Gulden bis 0,21 Ct. die Woche.

Deutschland. Ueber die Entwicklung unseres christlichen Metallarbeiterverbandes referierte der 2. Verbandsvorsitzende, Kollege Schmitz, der zunächst einen kurzen Überblick über die Geschichte der Formbewegung und unseres Verbandes im Allgemeinen gab und dann auf die innere Organisationsform unseres Verbandes zu sprechen kam. An Untersuchungen von 1000—1020 hat unser Verband 5,5 Millionen Mark den Kollegen gewähren können. Im Jahre 1920 hatte unser Verband 830 Mitglieder, am 1. Januar 1921 219 000 und jetzt 231 000. Der Wochenbeitrag betrug 1890 10 M., 1903 30 M., von 1908 an wurden die Staffelbeiträge durchgeführt. Die Gesamteinnahmen betrugen 1899 327,29 Mark, 1920 21,8 Millionen; der Vermögensbestand 1899 nichts, 1920 12,5, jetzt 20 M. Unser Verband ist die zweitgrößte deutsche Metallarbeiterorganisation und hat den 25 Jahre älteren Christen- und Eisen-Gewerkschaften um 120 000 Mitglieder überholt.

Donstag, den 8. November, wurden zunächst die Satzungen des internationalen Bundes christlicher Metallarbeiterorganisationen beraten. Die einstimmige Annahme fanden. Sie betreffen u. a., daß der Bund ein Kartellverband ist und daß Ethik und Geschäftsethik des Bundes sich in Duisburg befinden. Der Vorstand besteht aus zehn Mitgliedern, darunter ein Vorsitzender und zwei Stellvertreter. Als ausführende Organe des Vorstandes gelten der Vorsitzende, der Schriftführer und der Kassierer. Der Beitrag stellt sich pro laufende Mitglieder und Jahr auf den 1/4fachen Betrag eines achtstündigen Tariflohnes eines Facharbeiters der höchsten Lohnklasse der Hauptstadt eines jeden Landes. Der Bund bezieht:

- a) die Wahrnehmung der Interessen der Metallarbeiter nach den in § 2 aufgestellten Grundsätzen auf allen Gebieten der Sozial- und Wirtschaftspolitik, insbesondere auf dem Gebiete der internationalen Organisation der Arbeit, der Lohn- und Arbeitsbedingungen und der Arbeitslosenunterstützung im Rahmen der Grundsätze der christlichen internationalen Gesamtbewegung;
- b) die Förderung der organisatorischen Interessen der dem Bunde angeschlossenen Verbände;
- c) den angeschlossenen Verbänden in Bedarfsfällen moralische sowie finanzielle Unterstützung zu gewähren, sofern diese nötig ist und gewährt werden kann;
- d) die Propaganda zur Bildung von christlichen Metallarbeiterorganisationen in denjenigen Ländern, wo solche noch nicht bestehen, sowie den Beitritt weiterer Organisationen zu fördern, die sich an den Grundsätzen der christlichen Gewerkschaftsbewegung bekennen.

Als Mittel hierzu führt die Satzung an:
Der Bund trachtet, diesen Zweck auf geistlichem Wege und durch Selbsthilfe zu erreichen, und zwar durch:

- a) das Sammeln von Tatsachenmaterial über die soziale und wirtschaftliche Lage der Metallarbeiter in den einzelnen Ländern;
- b) das Sammeln von Angaben über den Stand der sozialen Gesetzgebung sowie die Förderung des Zustandekommens und der Ausführung einer möglichst günstigen sozialen Gesetzgebung in den einzelnen Ländern;
- c) den Austausch gewerkschaftlicher Erfahrungen, gegenseitige Belehrung organisatorischer Einrichtungen, Austausch von Tarifverträgen, die für internationale Verhältnisse Bedeutung haben und durch den Abschluß von Gegenseitigkeitsverträgen bei Ab- und Zuwanderung von Mitgliedern;
- d) Anregung zu gemeinschaftlicher Hilfe, sofern diese nötig ist;
- e) durch die Herausgabe von Propagandaschriften und Verteilung von sonstigem Werbematerial;
- f) das Abhalten von internationalen Kongressen zur Behandlung der sozialen, wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Fragen, die für die Metallarbeiter und ihre Organisationen von Interesse sind;
- g) alle anderen geeigneten Mittel, welche mittelbar oder unmittelbar den Zweck des Bundes fördern können.

Der Vorstand wurde einstimmig gewählt und besteht aus folgenden Kollegen: Vorsitzender: Franz Wieber (Deutschland); Stellvertreter: Wilhelm (Frankreich), Quarello (Italien); Schriftführer: van Belle (Holland); Kassierer: Goeghebur (Belgien); Beisitzer: Schmitz (Deutschland), Grotenhuis (Holland), Heil (Schweiz), Waldbam (Österreich), Ankner (Ungarn).

Darauf wurden die Beratungen über die Lage in den einzelnen Ländern fortgesetzt und zwar wurden die wirtschaftlichen Möglichkeiten und die Lage der Arbeiterkassen darin des näheren erörtert. Wir können des knappen Raumes hal-

ber nur stichwortartig die interessantesten Ausführungen der einzelnen Delegierten wiedergeben und verweisen im Übrigen auf das bald erscheinende Protokoll über den Zürcher Kongreß.

Die Schweiz. hat sich im größten Maßstabe zu einem Exportstaat entwickelt, der natürlich bei der Weltkrise ungeheure Schatten Seiten in sich birgt. Der hohe Stand der Löhne läßt die Schweiz nicht mehr konkurrenzfähig sein. 3-folgebesseren sind Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit sehr groß. Das Land zählte im September 130 000 gänzlich oder teilweise Arbeitslose. Zu Notstandsarbeiten sind Gemeinden und Kantone durch Gesetz verpflichtet. Seit Oktober 1919 ist die Arbeitslosenunterstützung eingeführt. Die Löhne standen durchschnittlich 20—30 Proz. unter dem jeweiligen Preisniveau und sahen nur in einigen Wochen des Preisabbaues mit diesem gleich. Daß die Arbeitsbeschäftigung die Not der Arbeiterkassen arbeitslos trachtet, bedarf keiner Erläuterung. Die Gewerkschaften sind aber auf der Wacht.

Frankreich. Die Exportindustrie leidet vor allen Dingen und besonders ist die Automobil- und die Edel- und Unedelmetallindustrie von der Krise erfaßt worden. Die Arbeitslosigkeit ist hart heraufgegangen. 20 Prozent der Metallarbeiter sind arbeitslos. Dazu kommen 20 Prozent Kurzarbeiter. Im lothringischen Industriegebiet wird nur 24 Stunden Woche gearbeitet. Die Arbeitslosenunterstützung wird von der Gemeinde getragen und beträgt 1,75 Fr., dazu 1 Fr. für die Frau und 50 Cts. für das Kind. Die Löhne sind ungenügend. Vor dem Krieg verdiente ein Handwerker 6—10 Fr. pro Tag, heute 22—30 Fr. Dazu kommt der Lohnabbau. Die durch die politischen Streiks geschwächten sozialistischen Gewerkschaften haben dagegen keinen Finger gerührt und in Folge dessen mehrere Hunderttausend Mitglieder verloren. Jetzt sollen gemischte Kommissionen geschaffen werden, welche die Lohnregelung nach den Lebensmittelpreisen vornehmen soll. Der Achtstundentag ist gesetzlich eingeführt. Die Steigerung der Teuerung beträgt 370 Prozent; die der Löhne 300 Prozent.

Österreich. Die österreichische Metallindustrie beschäftigt rund 200 000 Mitglieder, davon über 100 000 in Wien. Von diesen sind 10 000 arbeitslos. Die Ursache der verhältnismäßig niedrigen Arbeitslosigkeit liegt in der durch die niedrige Valuta gesteigerten Ausfuhr. Die Ursache der Krise liegt im Rohstoff und besonders im Rohleimangel. Die Rohleimangelarbeiten sind in größerem Umfange ausgenommen worden. Die Kosten der Lebenshaltung stiegen um 17 000 Prozent, die Löhne stiegen nur um 7000 Prozent. Schwere seit 1914 1,5 Kronen das Kilogramm, am 1. Juli 1921 270 Kronen, am 1. November 1921 1000 Kronen. Rindfleisch pro Pfd. 1919 1 Krone; 1. Juli 1921 125 Kronen; 1. Nov. 250 Kronen. Gleichermassen sind die übrigen Lebensmittelpreise gestiegen. Der Stundenlohn eines Qualitätsarbeiters beträgt 62 Kronen; für ungelernete Hilfsarbeiter 50 Kronen. Dazu kommt für den jeweiligen Monat die gleitende Teuerungszulage.

Ungarn. Das Land ist durch den Friedensvertrag seiner wichtigsten Rohstoffe beraubt und muß diese teuer kaufen. Infolge seiner niedrigen Valuta hat es aber Teuerungsmöglichkeiten. Die Arbeitslosenunterstützung beträgt 20 000. Die Löhne bleiben bei weitem hinter den Lebensmittelpreisen zurück. Das Land und die Industrie wurde sehr zurückgeworfen durch die kommunistische Räterepublik.

Italien. Die Anzahl der in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter beträgt 420 000, davon sind vollständig arbeitslos 100—110 000 Arbeiter, teilweise beschäftigt 30 000. Die Eisen- und Schiffbauindustrie machen eine besondere scharfe Krise durch. Ihre Arbeiterzahl mußte um die Hälfte eingeschränkt werden, während die noch beschäftigten Arbeiter nur noch 30 Stunden die Woche arbeiten. Rohstoffmangel und Mangel an Aufträgen charakterisieren die heutige Lage am besten. Bei Arbeitslosigkeit besteht die Unterstützung aus der obligatorischen und staatlichen Versicherung, die zusammen rund 37 Lire die Woche ausmachen. Die durchschnittliche Steigerung der Lebensmittelpreise beträgt 541 Prozent, während die Lohnsteigerung darunter bleibt.

Daran schlossen sich als letzte die Berichte über die wirtschaftliche Lage in Holland und Deutschland. Dieser Bericht wurde erstattet durch den Kollegen Hirtfelder. Wer werden in der nächsten Nummer darauf zu sprechen kommen.

Wucherbekämpfung

E. Wimmer.

Dieses Kapitel wird zu einer der wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Der Verfasser dieses Artikels, dem wir zwar nicht in allen bestimmten Aussagen, doch eine der wichtigsten Ursachen des Wuchers auf. Siehe auch „Die österreichische Industrielle“ unter „Wirtschaftsgrundlagen“, die dem Verfasser in einem wichtigen Punkte recht gibt.

Seit Jahrzehnten wird immer von einer zunehmenden Teuerung gesprochen und dieselbe bekämpft. Es hat nicht geholfen. Die Teuerung schritt voran. Dann wurde die Formel der Geldentwertung geprägt, von interessanter Seite, die von anderen gutgläubig nachgesprochen wurde. Die Teuerung machte Lauschart. Krieg, Revolution und „Wiederaufbau“ kamen. Die Teuerung reißt Galopp. Alle möglichen Mittel zur Bekämpfung der Teuerung wurden ausprobiert. Der eine Stand wurde über den anderen, der eine Beruf über den anderen geholt. Die Teuerung feierte Orgien. Wird den Landeuten vorgemacht, daß an der Teuerung die Arbeiter mit ihren hohen Löhnen Schuld sind und so eine Erbitterung unter die Bauernschaft gegen die Industriearbeiter getragen. Die Teuerung taumelte weiter. Zwischenhinein wurde der teuren Staatsverwaltung mit den hohen Beamtengehältern die Schuld zugeschoben. Wieder half es nichts. Die Teuerung kletterte weiter in die Höhe. Höchstpreise wurde vorgeschrieben und diese immer und immer wieder der Teuerung angepaßt und in die Höhe geschraubt. Denn die Teuerung lehnte sich nicht daran, und stieg weiter. So waren bisher, vor dem Kriege, während des Krieges, und nach der Revolution alle Maßnahmen vergebens um die Teuerung zu bekämpfen. Und warum vergebens? Weil die Bekämpfung der Teuerung bei den Menschen eingelegt wurde, die bloß

als Werkzeug der Teuerung

der Geldentwertung, des Wuchers dienen und dienen müssen, weil sie, leben müssen und ohne dem Wucher zu dienen nicht leben können. Die Ursache der Teuerung aber ist der Zinswucher, der zeitlich und sachlich unbegrenzt ist und unter allen möglichen Vorwänden getrieben wird.

Hier hat es in den letzten Jahrzehnten keine Regierung, keine Partei gewagt, zuzugreifen. Auch nicht die Revolution. Ich erinnere bloß daran, wie am 14. Dezember 1918, „unser“ glorreicher bayerischer Revolutionsministerpräsident, Kurt Eisner, Regensburg mit seinem Besuche „beglückte“, um die Leute über seine Botschaft des Lebens „in Freiheit, Schönheit und Würde“ aufzuklären. Die Versammlung wollte aber auch etwas wissen, was nun mit den Kriegsgewinnlern und Wuchern geschähe und auf einen entsprechenden Zwischenruf gab Eisner unter theatralischer Handbewegung die Antwort: „Laßt sie laufen, wir brauchen sie nicht, das deutsche Volk hat etwas Besseres, es hat die Arbeit“. So jetzt wußten wir. Und die Kriegsgewinnler und Schieber wußten es zuerst schon, denn sie ließen und die Revolutionsgewinnler ließen mit. So sind unsere Schuldscheine, wie Aktien, Obligationen usw., genannt Wertpapiere, zum großen Teil

ins Ausland gewandert.

Die Zinsen müssen nachgeschickt werden. So kommt es, daß das Ausland ohnehin unser Geld erhält und wenn Deutschland etwas mit deutschem Gelde zahlen will, dann heißt es vom Ausland: Von dieser Sorte haben wir schon genug. Damit wird die Valuta gedrückt.

Und vor dem Kriege war schon ein Drittel des deutschen Volkvermögens verschuldet, verschuldet und zinspflichtig. Es wurden statistisch ermittelt vor dem Kriege in Millionen:

Aktienkapital (30. 9. 09)	14 737,3
Stammkapital der G. m. b. H. (30. 9. 09)	3 538,5
Pfandbriefumlauf der deutschen Hypothekenbanken (1914)	11 115,8
Schuldverschreibung der deutschen Bodenkreditinstitute (1912)	17 051,5
Do. der deutschen V.-G. usw. (1912)	4 605,7
Do. der deutsch. Stadt- u. Landgem. usw. (1912)	6 340,6
Guthaben der Sparkassen (1913)	18 500,0
Staatsschulden (1913)	16 196,6
Reichsschulden (1913)	4 897,2

Das waren mindestens rund 100 Milliarden zu verzinsendes Leihkapital bei Kriegsausbruch 1914, eine Summe, die von den Leihkapitalisten unter dem Vorwande der Papiermarkt entsprechend zu vermehren gesucht wird, aber auch die Zinsen auf Papiermarkt erhöht werden.

Dabei ist aber das wichtigste, die

Eigenschaften des Leihkapitals

herauszuheben: Die Eigentümer desselben wollen zeitlich und sachlich unbegrenzten Zins. Unbegrenzt ist die

Höhe des Zinsfußes, unbegrenzt ist die Zeit des Zinsnehmens, nach Gesetz. Hierin liegt das Uebel der Teuerung, der Geldentwertung. Das heißt dem Wucher Tür und Tor geöffnet.

Wohl ist richtig, daß dieser Geist, der sich hierin auswirkt, fremdbildlicher Geist ist, daß die Gesetze, die diesen Geist stützen fremdbildlichen Ursprungs sind. Nichtsdestoweniger muß aber festgestellt werden, daß heute neben den Mitgebern der Teuerung, neben dem Juden der Christ, neben dem Vertreter ganz linksstehender Parteien der Vertreter bürgerlicher Parteien in den gesetzlich errichteten Organen sich befindet, die diesem Wucher dienen. Ich muß dazu feststellen, daß ich ähnliche Vorgänge beim Studium aller gleichartigen Organe finde. Beweise stehen zu Diensten.

Es muß deshalb eine ernste, grundsätzliche Wucherbekämpfung gefordert werden. Diese muß

1. einen Höchstzinsfuß feststellen mit Zwangsmortifikation, um dadurch die Tragweite einer Schuld zu unterbinden. Demnach muß für jedes Leihkapital ein Höchstzinsfuß festgesetzt werden: a) für festverzinsliches Leihkapital auf höchstens 5 Prozent, wovon wenigstens 1 Prozent Amortifikation (Zilgung) sein muß. Auch bei niedrigerem Zinsfuß muß wenigstens 1 Prozent Zilgung vorgeschrieben werden; b) für nicht festverzinsliches Leihkapital muß ein Höchstzinsfuß festgesetzt werden in der Weise, daß jährlich höchstens 10 Prozent Zins einschließlich Zilgung genommen werden dürfen und daß bei 20 Prozent die Schuld getilgt ist.

2. Auch eine gesetzliche Form für die Gemeinschaftsunternehmen geschaffen werden, die sich auszubauen haben auf hinsichtlich Arbeit, Leistung und Risiko, restlos verpflichtenden persönlichen Eigentum, aus dem dann auch das volle Recht des Eigentums abzuleiten ist.

Das Volk hat ein Interesse daran, daß endlich mit der Wucherbekämpfung ernst gemacht

wird. Eine Wucherbekämpfung an den Blüten hat aber keinen Wert. Das ist gerade, so, als wenn der Bauer die Disteln mit der Schere bekämpfen wollte, indem er den Disteln die Köpfe abschneidet. Das hilft nichts. Er muß die Wurzeln ausstechen. So muß auch Regierung und Gesetzgebung die Wurzel des Wuchers austrocknen durch zeitliche und sachliche Begrenzung der Wuchermöglichkeit. Alle Menschen haben daran ein Interesse. Denn wenn auch nicht jeder Mensch direkt Zins zu zahlen hat, in Form von hohen Preisen muß jeder mitzahlen, weil es dem Zinszahler nur möglich ist, durch hohe Preise seinen Zinspflichtigen gerecht zu werden, oder kann sich nur durch hohe Preise vor der Zinsnechtheit schützen. Der Mensch aber muß leben und wenn es nicht anders möglich ist, so muß er eben dem Wucher dienen. Regierung! Parteien! Sorgt, daß die Menschen leben können, ohne dem Wucher dienen zu müssen.

Arbeitslosigkeit, Teuerung und Valuta

Dr. S. Wiggdam m.

Ernst Rahn hat in seiner Schrift „Die Indizes der Frankfurter Zeitung“ u. a. auch den Versuch unternommen, die Arbeitslosigkeit mit der Valuta in Zusammenhang zu bringen und insbesondere Beziehungen herzuleiten zwischen der Valutatur des letzten Jahres und einer auf Grund der monatlichen Arbeitslosenzählungen in den deutschen Fachverbänden bestimmten Kurve der Arbeitslosigkeit. (Siehe auch Nr. 37 unseres Organs „Arbeitslosigkeit und Valutawandel“.) Er kommt dabei zu dem Ergebnis, daß der Einfluß der Valuta auf den Arbeitsmarkt überraschend stark ist insofern, als in der graphischen Darstellung die Arbeitslosenziffer in symptomatischer Weise dem Valutawandel regelmäßig innerhalb kurzer Zeit folgt, d. h. je später der Markkurs wird, um so geringer wird die Arbeitslosigkeit. Wenn, sagt Rahn, die Valuta sich bessert, sinkt der Abschlag, die Arbeitslosigkeit wächst; fällt die Valuta, bessern sich die Arbeitsverhältnisse, nimmt auch die Zahl der Erwerbslosen in kurzer Zeit ab.

Diese an sich zureichenden Ausführungen bedürfen in einem wesentlichen Punkte einer Ergänzung. Nämlich die unmittelbare Auswirkung der schlechten Valuta im Sinne einer Produktionsförderung und damit einer Verminderung der Arbeitslosigkeit scheint nur auf die exportfähige Industrie zutreffen. Es mag sein, daß darüber hinaus, jedoch mehr oder weniger unabhängig davon, auch noch andere Gewerbe und Berufsgruppen auf Grund ihrer inneren Struktur dieselbe Tendenz aufweisen. Im großen und ganzen wird man aber bei der lediglich für den Inlandsmarkt tätigen Produktion —

allerdings auch in mittelbarer Reaktion auf die Valutabewegung eine entgegengesetzte Entwicklung im allgemeinen annehmen müssen. Die

durch die Valutaveränderungen erzeugten Teuerungsvhältnisse

losen Lohnbewegungen und Niedergang der Kaufkraft des Publikums aus und führen zu Beschneidungen und Arbeiterentlassungen im Gegensatz zur Exportindustrie, die besonders wenn die Valuta weiter sinkt, immer noch auf dem kaufkräftigen Weltmarkt im Vergleich zu den hochstehenden ausländischen Valuten wettbewerbsfähig bleibt. Darum ist auf jeden Fall ein Unterschied zwischen solchen, die für den inländischen Markt tätig sind. Dieser Unterschied kommt aber in den allgemeinen Durchschnittszahlen, die Rahn als Grundlage für seine graphische Darstellung dienen, keineswegs zum Ausdruck. Es soll nun versucht werden, unter Benutzung desselben Materials, nur unter Hinzunahme der neuen Ergebnisse, allerdings unter gleichzeitiger möglichst weitgehender Gliederung der Arbeitslosenziffern nach Berufsgruppen gewisse Tendenzen zu zeigen, die in der angeordneten Richtung liegen. Es ist dabei ohne weiters zuzugeben, daß auf der einen Seite Rahn bei der Benutzung der allgemeinen Durchschnittsziffer in höherem Maße die Auswirkung des statistischen Gesetzes der großen Zahl zu staten kommt, andererseits daß bei der nachstehend vorgenommenen Gegenüberstellung von für den Export arbeitenden und für den Inlandsmarkt tätigen Berufen infolge der Unzulänglichkeit des statistischen Materials für diesen besonderen Zweck eine vollkommen scharfe Trennung überhaupt nicht möglich ist. So werden z. B. im Maschinen- und Metallgewerbe auch Berufsteile vorhanden sein, die nicht für den Export arbeiten, Es ist ferner zu berücksichtigen, daß die Entwicklung einzelner Spezialberufe unter Umständen eine entgegengesetzte Richtung einschlägt als die ganze Berufsgruppe, daß also selbst die Berufsgruppenschnittsziffer gewisse Tendenzen einzelner Berufe durchaus zu überdecken vermag. Um dies zu beweisen, brauchen wir nur die Ziffern des vielfältigungsgewerbes überhaupt und des Graphischen Zentralverbandes zu vergleichen. Trotz aller dieser Mängel deutet sich aber doch, wie schon gesagt, eine grundsätzliche in verschiedenen Richtungen laufende

Auswirkung des Valutastandes auf den Arbeitsmarkt

an, je nachdem man es mit einem spezifischen Ausfuhrgewerbe oder einer reinen Produktion für den Inlandsmarkt zu tun hat. Nachstehend geben wir im Anschluß an diese Betrachtungen in Tabelle 1 eine Entwicklung des durchschnittlichen Valutastandes und der Reichsteuerungsziffer und in Tabelle 2, prozentual auf den Gesamtmitgliederbestand der einzelnen Fachverbände berechnete Arbeitslosenziffern von April bis August 1921 für diejenigen Gewerbe bzw. Berufsgruppen wieder, auf die eine Tendenz der Senkung zugleich mit der Valuta zutrifft.

Tabelle 1.

Durchschnittlicher Berliner Dollarkurs	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
Reichsteuerungsziffer	63,53	62,30	69,38	76,67	86,00
	894	880	896	993	1045

Tabelle 2.

	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
Maschinen- und Metallgewerbe	3,7	4,0	3,4	2,8	2,4
Spinnstoffgewerbe	5,3	4,0	2,4	1,5	0,9
Papierindustrie	4,1	4,2	3,4	3,2	2,8

Man sieht, daß es sich in der Tabelle 2 vornehmlich um Gewerbe bzw. Berufsgruppen handelt, die wohl in der Hauptsache unmittelbar oder wenigstens mittelbar für den Export arbeiten. Bei einem eingehenden Vergleich der Arbeitslosenziffern fällt aber noch ein weiteres auf, nämlich, daß in einzelnen Berufen, bei denen der Export nur eine sekundäre Rolle spielt, trotzdem ein Sinken der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen ist. Es liegt die Gefahr nahe, daß man dies in höherem Maße auf den Einfluß der Valuta zurückführt, als man es unter Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse tun darf. In der nachstehenden Tabelle 3 führen wir als solche Beispiele das Baugewerbe und das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe an. Es muß zum mindesten zugegeben werden, daß hier, besonders im Baugewerbe, solche Einflüsse vorhanden sind, die ein Sinken der Ziffer herbeiführen, ohne im geringsten etwas mit der Valuta zu tun zu haben. So spielen im Baugewerbe die starke behördliche Förderung der Bautätigkeit, das Zusammendrängen der Berufstätigkeit auf die Saisonmonate, die Abwanderung der gelernten Bauarbeiter in andere Berufe, der fast gänzliche Ausfall mehrerer Jahrgänge von Lehrlingen u. a. mehr eine große Rolle.

Die Idee in der Geschichte der Technik

Eberhard Schimmer.

Wie kann ich Raum und Zeit überwinden? — Wie den Kräften der Natur gebieten? — Wie kann ich die chemischen Stoffe zwingen, sich nach meiner Absicht zu vereinen und zu trennen? — Das sind die Rätsel der Technik. Es klingt wie ein Märchen, doch mag es wahr sein, daß Kinder, die mit Brenzglasern spielten, einem holländischen Brillenmacher das Geheimnis entdeckten, entfernte Gegenstände vergrößert zu sehen. Raum hatte Galilei von der Erfindung des Hollanders gehört, fertigte er in einer Nacht noch eigenen Plan ein dreimal vergrößertes Fernrohr an, entdeckte die Jupitermonde, die Berge auf dem Mond und die Flecken der Sonne. Der geniale Mann genoss die Freiheit, die ein Auge mit dem neuen Gerät gewann, auf die Wege des Schöpfers, der es selbst erlebte, was er kochte.

Bald fanden Mathematiker die Theorie, die den Gewinn des Erfolgs in höheres Können wandelt; schon Kepler erkannte die Gesetze des richtigen Baues eines astronomischen Fernrohrs. Er ließ das Licht der Sterne durch eine große Sammellinse auf und betrachtete ihr Brennpunkt durch ein Brenzglas. Das war ein einfacher, aber freilich unzureichender Gedanke. Denn dieses einfache Instrument würde alle Fehler schlechter Optik in einer Wirkung vereint haben. Um sie zu vermeiden, mußte man teure Brenzgläser bis zur Länge eines Kirchturms brauchen. Durch eine Reihe anderer Blenden, die ein offenes Gefäßgeheimnis bildeten, blühten die würdigen Himmelsforscher des 17. Jahrhunderts nach den Sternen. Warum war das nicht

und dennoch — was haben sie mit ihrer umständlichen Maschine geleistet! Eine Mondkarte, die Entdeckung der Saturnringe, die Weisung der Vögel, die Naturforschung dem Reptilien Fernrohr verdankt.

Ein Kunstgeiz — die achromatische Doppellinse aus zwei verschiedenen Glasarten — verwandelte den phantastischen Reagenapparat in das handliche, blanke Instrument von John Dollond, das heutige Fernrohr — obwohl es schon 1733 erfunden wurde — noch gern benutzen. Aber das Ideal der Technik war es noch nicht. Dollonds Instrument, das Mikroskop und der photographische Apparat, blieben auf einer Stufe, über die sie weder das Gesicht des Erfinders noch der Blick der modernen Mathematik hinausheben konnten, und damit fand die Naturforschung vor ungelösten Aufgaben.

Was wüßten wir von Molekülen und Elektronen und den Geheimnissen des Lebens ohne ein Zeißes Mikroskop! Ihre Erfindung war unmöglich, solange der erfindungsreiche Geist die Entzerrung des Auges vor dem unfaßbar Kleinen nicht überwand, und dazu gehörte ein neuer, einfacher Gedanke. Zwei Erfinder hatten ihn zugleich — der Wiener Abbe und der Chemiker Schott —, solche Glas aus chemischen Elementen zu schaffen, die noch niemand dachte, auf ihren Eigenschaften beruht die Bildschärfe der modernen Instrumente, denen das Auge die Freiheit über den Raum verleiht.

Denn die menschliche Wahrnehmung ist nicht nur durch den Raum begrenzt, das Problem der Freiheit wiederholt sich in der Zeit. Jede Beobachtung ist der Empfang einer Nachricht, und selbst das gezeigte Licht braucht Zeit, um uns die Botschaft zu

übermitteln. Sehen wir doch den nächsten Fixstern erst jetzt, wie er vor vierzehnhundert Jahren auslief, und die meisten Gestirne so, wie sie vor einigen Jahrtausenden beschaffen waren.

Die Natur verbietet, das Gleichzeitige wahrzunehmen, die Idee der Freiheit fordert, es zu können. Obwohl die Menschen noch nicht ahnten, welche Möglichkeit in den elektrischen Kräften verborgen ist, erfanden sie bewundernswerte Mittel zur Überwindung der Zeit.

Wie Caesar erzählt, meldeten die Gallier von Mann zu Mann ein Ereignis weiter: was sich in Orleans bei Sonnenanfang ereignete, wurde vor Sonnenuntergang in der Auvergne bekannt. Im Aristoteles berichtet, daß Darius in einem Tage erfuhr, was in Ästen unternommen wurde, denn die Berler besaßen eine vorzügliche Faden-Telegraphie. Noch im neunzehnten Jahrhundert war das Telegraphieren nur ein verbessertes Verfahren der alten Welt — wie Holz die Pariser auch immer waren, als die Zeichengeber des Herrn Chappe die Eroberung von Le Quenoix eine Stunde nach dem Einmarsch der Truppen meldeten.

Eines Tages beobachtete der dänische Professor Vestfildt die Ablenkung einer Magnethöhle durch den elektrischen Strom, — das Geheimnis der elektrischen Telegraphie war entdeckt. Als der Historienmaler Morse seinen Freunden mit Etzich und Buntl gemeldet hatte: „Versuch mit Telegraph gelungen 4. September 1837“, überzog nach wenigen Jahrzehnten ein Netz von Drähten und Kabeln die Länder und den Grund der Meere; alle Menschen erleben seitdem zu gleicher Zeit, wenigstens am gleichen Tage, was auf der Erde geschieht. Mit der Entdeckung der elektrischen Sendungen fiel das letzte Hindernis der zeitlosen Nachricht, Marconi fandte keine Funkenprühe ohne Draht durch den Raum.

Tabelle 3.

	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
Nahrungs- u. Genussmittelgew.	4,8	4,7	4,8	4,4	3,1
Baugewerbe	4,0	3,3	2,7	2,1	2,1

In der folgenden Zusammenstellung sind nun die Arbeitslosenziffern einer Anzahl von Fachverbänden enthalten, deren Mitglieder mehr für den Inlandmarkt arbeiten. Sie geht die Entwicklung einen anderen Weg. Man darf jedoch, falls das eine daraus schließen, daß die Preisverhältnisse als Folgen der Inflationsverschlechterung die Arbeitslosigkeit auch zu erhöhen imstande sind.

Tabelle 4.

	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
Tabakarbeiter (Fr. G.)	1,6	2,4	3,4	3,5	2,3
Graph. Zentralverband (Chr.)	2,5	1,8	0,7	0,8	1,0
Maschinen u. Felzer	1,8	2,1	0,5	2,0	1,5
Fabrik- u. Transportarb. (Chr.)	1,4	1,9	1,3	2,9	3,0

Nach Pressenachrichten aus dem Auslande, besonders aus Holland, wird der Einfluß des gestiegenen Marktpreises auf die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie sehr ungünstig beurteilt. Es wird behauptet, daß die meisten Aufträge aus der Zeit der letzten 4-5 Monate stammten, wo die Marktpreise stabil geblieben waren, daß die deutsche Industrie sich zu Preissteigerungen veranlaßt gesehen habe und daß infolgedessen eine Reihe großer Aufträge nach Holland usw. vergeben worden sei. Diese Mitteilung hält sich durch aus im Rahmen unserer Betrachtung. Das Sinken der Valuta ist, wie Kahn sagt, nur die trügerische Heilkräft einer Morphiumspritze. Die Hochkonjunktur bei sinkender Valuta kann nur so lange anhalten, als sich die innerpolitischen Folgen der Valutaverschlechterung, wie Teuerung, Lohnerhöhungen usw. noch nicht ausgewirkt haben. Die Hochkonjunktur läßt sich nach Eintritt dieser Folgen nur dann auch künstlich aufrechterhalten, wenn die Valuta ununterbrochen weiter sinkt, was leider in aller jüngster Zeit wieder der Fall ist. Das muß aber zum wirtschaftlichen Ruin führen.

Streiflichter

Kollegen Heinrich Strießer

unserem Verbandssekretär, wurde der schwierige Posten eines preußischen Wohlfahrtsministers übertragen. Der Vorstand wünscht ihm zu dem Amt, von dessen Leitung äußerst viel für das innere Wohlergehen des preußischen Volkes abhängt, alles Gute. Seine Zutrittsrede im Landtag hat gezeigt, daß er mit aller Energie auch die den Völkern angetragenen und die vielen Probleme zu meistern sucht. Wir hoffen zuverlässig, daß die Arbeit unseres Kollegen Strießer auch in seinem neuen Amt manches Gute für unser Volk zeitigen möge.

Bekanntmachungen

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 11. Dezember, der 51. Wochenbeitrag fällig, für die Zeit vom 11.-17. Dezember.

Es erhält die Genehmigung zur Erhebung folgender Beiträge: 1. Klasse 7; 2. Klasse 6; 3. Klasse 4 Mark.

Ebenso erhält die Ortsverwaltung Weidenburg die nachgesuchte Genehmigung.

Wiesbaden. Unsere Geschäftsstelle befindet sich in Wiesbaden, Bismarckstraße 15.

Farbwechsel der Beitragsmarken.

Für das Jahr 1922 gelangen Beitragsmarken in blauer Farbe zur Ausgabe. Mit Sonntag, den 1. Januar 1922 ist der erste Wochenbeitrag des neuen Jahres fällig und sind von diesem Termin ab nur die neuen blauen Beitragsmarken zu verwenden. Unsere Mitglieder werden hiermit auf die pünktliche Beitragszahlung besonders hingewiesen, da nach dem 1. Januar etwaige Rückstände des alten Jahres mit neuen blauen Marken zu quittieren sind und dadurch im Mitgliedsbuch die säumige Beitragszahlung nachgewiesen wird.

53. Wochenbeitrag.

Im Jahre 1921 sind 53 Wochenbeiträge zu leisten. Nach der fortlaufenden Bekanntmachung im Verbandsorgan wird am Sonntag, den 25. Dezember der 53. Wochenbeitrag für die Zeit vom 25. bis 31. Dezember 1921 zu entrichten sein.

Verbandsgebiet

Mülheim-Oberhausen-Sterkrade. Am 12. November fand in Oberhausen die Delegierten-Hauptversammlung für unsere Verbandsstelle bei gutem Besuch statt. Das Andenken der 17 im vergangenen Quartal verstorbenen Kollegen wurde in der üblichen Weise geehrt. Der Bevollmächtigte Kollege Heintze schloß die Versammlung mit der wirtschaftlichen Lage und betonte, daß wieder eine günstige Wendung eingetreten sei. Die erzwungenen Reparationszahlungen an unsere ehemaligen Gefährten hätten zu einer weiteren Entwertung unseres Geldes und damit zu neuer, fast untragbarer Verteuerung der Lebensweise geführt. Solange der sogenannte Pariser Friedensvertrag bestehen bliebe, sei auch keine Hoffnung für eine Besserung der Verhältnisse vorhanden, sondern im Gegenteil wahrscheinlich mit einer weiteren Verschlechterung zu rechnen. Es bedarf gar keiner weiteren Begründung, daß für die eingetretene Teuerung durch Aufbesserung der Löhne Ausgleich angestrebt werden müßte.

Die ersten Lohnbewegungen im September hätten mit einem einigermaßen befriedigendem Resultat abgeschlossen. Je nach Alter seien Lohnerhöhungen von 7-62 Mark pro Woche erzielt worden, was macht im Durchschnitt etwa 42 Mark pro Kopf. Gegenwärtig liege man auf der ganzen Linie vor neuen Lohnverhandlungen.

Die Mittelbewegung im Verbandsgebiet sei befriedigend. Die Verbandsstelle als Ganzes genommen habe einen kleinen Zuwachs an Mitgliedern zu verzeichnen. Nicht befriedigend sei die Entwicklung in Sterkrade und Oberfeld.

Ueber die Finanzen wurde folgendes mitgeteilt: Gesamt-Einnahmen ohne Beiträge aus früherer Zeit 345.883,50 Mark. Demgegenüber stiegen Ausgaben von 133.360,38 Mark. In die Hauptkategorie abgeteilt wurde 200.743,26 Mark und das Saldovermögen betrug 166.787,67 Mark. Hierbei ist bemerkenswert, daß vornehmlich die Ausgaben für Unterhaltungen ganz erheblich gestiegen sind. Es wurde noch angeführt, daß in einigen Gruppen ein Teil der Mitglieder die Beiträge nicht pünktlich zahlen und ferner auch nicht immer die vorgeschriebene Pünktlichkeit bei der Abrechnung der Vertrauensleute und Kassierer beachtet würde. Hier müsse unbedingt noch für eine Besserung Sorge getragen werden. Der Bericht wurde mit Beifall aufgenommen.

In der lebhaften Aussprache beschäftigten sich die Redner neben den agitativen Angelegenheiten vor allen Dingen mit der gegenwärtigen Teuerung und es wurde scharfe Kritik geübt. Da-

Ergebnis der Aussprache wurde in folgender Entschließung niedergelegt: Die Hauptversammlung des christlichen Metallarbeiter-Verbands Bezirk Mülheim-Oberhausen-Sterkrade erhebt scharfsten Einspruch gegen die mangelhafte Sicherung der Preise für Lebensmittel und Bedarfsgegenstände. Es ist dringend notwendig, daß die Behörden sofort wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung der unangenehmsten Steigerung der Preise ergreifen. Sollte sich herausstellen, daß eine Verhinderung unzureichend hoher Preise im Rahmen der sogenannten „freien“ Wirtschaft nicht möglich ist, so wird damit beauftragt, daß dem freien Handel die stützende Kraft fehlt, um die ihm zuzukommende wichtige Funktion zum Wohle der Allgemeinheit auszuführen. Die Regierung wird in diesem Falle aufgefordert, unverzüglich Vorkehrungen für eine gemeinwirtschaftliche Regelung und Bewirtschaftung der wichtigsten Nahrungsmittel und sonstigen Massenbedarfsartikel in die Wege zu leiten. Ähnlich dem Reichskohlenrat und Eisenwerkstatthaltern muß auch für die übrigen wichtigsten Zweige unserer Wirtschaft den Verbrauchern und Arbeitnehmern ein Mitbestimmungsrecht bei Gestaltung der Preise eingeräumt werden. Es muß mit allen Mitteln versucht werden, eine weitere unberechtigte Steigerung der Preise zu verhindern. Für die bereits eingetretene Verteuerung ist durch Aufbesserung der Löhne Ausgleich zu schaffen. Die Regierung und alle zuständigen Behörden werden dringend aufgefordert, ihr Augenmerk auf die Lage breiterer Schichten unseres Volkes zu richten, und kein Mittel unversucht zu lassen, um Abhilfe zu schaffen.

Außerdem wurde der Vorstand beauftragt, dahin zu wirken, daß den Verbrauchern und Arbeitnehmern in den einzelnen Kommunen ein größerer Einfluß auf die Preisüberwachung, durch Einrichtung von Verbraucherkammern eingeräumt werde. Diese Kammern müßten ausreichende gesetzliche Rechte und Vollmachten erhalten.

Der Vorsitzende machte dann noch bekannt, daß auf Grund des Beschlusses über die Beitragserhöhung ab 1. Januar der letzten außerordentlichen Hauptversammlung eine weitere Erhöhung mit dem 1. Januar Platz greifen würde. Der betreffende Abschluß unseres damaligen Beschlusses lautet:

Wenn der Beitrag für die Hauptklasse um mehr als 1,00 Mark erhöht werden sollte, so ist der Vorstand berechtigt, den örtlichen Beitrag um den Mehrbetrag weiter zu erhöhen.

Da die Zentrale und der Bezirk insgesamt 45 Pf. mehr erhöht haben, als untererleits vorausgesetzt war, so wird der Beitrag der 2. Klasse mit Wirkung vom 1. Januar um 5,50 Mark auf 6 Mark und der 3. Klasse von 3,50 Mark auf 4 Mark erhöht. Mit einem lebhaften Applaus für rege Mitarbeit wurde die schon verlaufene Versammlung geschlossen.

Streits und Lohnbewegungen

Opladen. Die Christlichen sind schlimmer wie die anderen! Die durch Kündigung des Gesamtvertrages eingeleitete Lohnbewegung hatte dieses Mal eine Reihe von Verhandlungen zum Gefolge, bei denen die Waffen sehr scharf gefeuert werden mußten. Die Unternehmer hatten in der ersten Verhandlung die Stirne und, nachdem sie uns warten ließen bis der Tarif nahezu abgelaufen war, für den Handwerker in der obersten Spanne 1,10 Mark angeboten, und dazu noch die Erklärung abgegeben, daß bei den Verhältnissen und der Teuerung entsprechend als durchaus genügend anzusehen.

Es blieb natürlich daraufhin nichts anderes übrig, als eine scharfe Erklärung derjenigen der Unternehmer entgegen zu setzen, die zur Folge hatte, daß das Verhandeln an diesem Tage vorbei war. In den Betrieben entliefen begreiflicherweise eine Erregung, weil die Teuerung immer größere Fortschritte machte, der die Unternehmer dadurch Herr zu werden suchten, indem sie erklärten: Wenn es nicht zu einer Verständigung kommen konnte, so ist daran nur der Verzicht der Christlichen Metallarbeiterverbandes in Schuld, der ja so radikal keine Ansichten vertritt, daß mit den Vätern der übrigen Verbände eher zu einer Verständigung zu kommen ist, als mit dem. In allen späteren Verhandlungen ist von den verächtlichen Unternehmern immer wieder gesagt worden, daß die Christlichen sind ja radikaler in ihren Forderungen als alle anderen zusammengekommen. Das schlimmste ist, sagte ein Unternehmer, daß die Christlichen nicht nur fordern, sondern auch auf der strikten Bewilligung bestehen und daher mit ihnen schlecht zurecht zu kommen ist. Die folgenden Verhandlungen brachten einen Fortschritt, indem nun von den Unternehmern 2,25 Mark in der höchsten Spanne für den Handwerker angeboten wurde. Dem Nachkommensabkommen legten sie gar keine Bedeutung bei. Wir waren ganz anderer Meinung und da auch im Punkte Lohn noch nicht alles klar war, wurde der Schlichtungsausschuß angerufen, der sich für beide Parteien, die ihm genehmen Beisitzer benennen sollten, auch wenn sie nicht Beisitzer am schlichtungsausschuss sind. Den Vorsitz führte der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses. Nach einer einstündigen Verhandlung folgte eine 15minütige interne Beratung, so daß der Spruch am Sonntagmorgen, den 20. November, um 5 Uhr verkündet werden konnte. Das Nachkommensabkommen, das uns die Unternehmer so schlecht wie möglich und ohne die Aufnahme der Urlaubsbestimmungen gestalten wollten, hat ein freundliches Aussehen erhalten, als bisher. Der Urlaub ist aufzunehmen und dadurch auch für das kommende Jahr gesichert, was bisher immer fraglich war, da die Unternehmer je nach Lage der Wirtschaft sich für sich noch einige Tage herauszupressen.

Für alle Arbeiter und Arbeiterinnen, einschließlich der jugendlichen und der Schlingende werden 6 aufeinanderfolgende Tage, die auf zwei Sonntagen liegen müssen, als Urlaub gewährt. Die Beschäftigten haben keine Rolle. Den Arbeiterinnen werden ebenfalls bislang nicht bestimmt war. Wohl hieß es, daß die Arbeiter so berechnet werden sollten, daß mindestens 15 Prozent erzielt werden könnten. In der Praxis hatte sich das aber als sehr herausgestellt, da es immer Unternehmern gab, die behaupteten, die Arbeiter seien richtig berechnet, nur seien die Arbeiter zu faul zum Arbeiten. Former und Arbeiter erhalten 15 Prozent zum Stundenlohn. Den in der Schwerindustrie beschäftigten Arbeitern werden 10 Prozent zum Stundenlohn, während für die Feuerarbeiter 5 Prozent gezahlt werden müssen. Arbeiterinnen, die schwere Arbeit verrichten, bekommen 20 Prozent pro Stunde mehr als der leichteste Stundenlohn. Die Arbeiter bekommen 40 Prozent mehr als der bestbezahlte Arbeiter ihrer Kategorie.

An Kassenzulage für die Frau und jedes Kind bis zur Entlassung aus der Volksschule werden wie bisher 30 Pfennig pro Stunde bezahlt.

Im großen und ganzen können die Kollegen mit dem Erreichten zufrieden sein. Daß es so ist, haben sie besonders dem christlichen Metallarbeiterverband zu verdanken. Gibt es so schon heute ein christliches Gewissen, die sagen: Ein Glück, daß die Christlichen Couragier hatten, sonst...

Branchenbewegung

Aus der Kettenindustrie.

Die Entwicklung der Kettenindustrie wird es mit sich bringen, daß in Zukunft mehr als bisher Bestrebungen für die verschiedenen Berufsgruppen abgeschlossen werden müssen. Aus dieser Erkenntnis heraus bemühen wir uns in der Kettenindustrie schon seit Jahr und Tag um einen gut ausgestalteten Branchenrat. Je mehr man aber in die Tiefen eines Branchenrates sieht, um so mehr wird man sich der Schwierigkeiten und der Widerstände, die einem wirklich guten Branchenrat gegenüberstehen, bewußt. Schwierigkeiten, die zum Teil in der Natur der Sache liegen, zum Teil auf dem Konto der Arbeitgeber zu verbuchen sind, aber auch zum geringen Teil in der mangelnden Mitarbeit der Kettenarbeiter selbst begründet sind. Ueber letzteren Punkt wird in den

Branchenversammlungen der Kettenindustrie ein ernstes Wort zu reden werden müssen.

Die letzte Bewegung in der Kettenindustrie, die neben einer Lohnerhöhung auch dem Ausbau des Tarifvertrages dienete, wurde eingeleitet durch die Kündigung des Tarifvertrages durch die Arbeitgeber. Zweck der Kündigung war u. a. ein Lohnabbau in Höhe von 10 bis 20 Prozent. Das Endresultat der Bewegung ist eine Lohnerhöhung bis zu 20 Prozent und ein weiterer Ausbau des Tarifvertrages. Aus dieser Gegenüberstellung ist zu ersehen, welche zähe und gleichwohl Arbeit an drei Verhandlungslagen erfolgreich geleistet worden ist, um die Ursache der Kündigung in das Gegenteil umzukehren.

Ueber die von uns aufgestellte Lohnforderung von 2 M pro Stunde wurde verhältnismäßig schnell eine Entscheidung dahingehend erzielt, daß die Betriebskettenarbeiter eine Stundenloohnerhöhung von 1,20 M pro Stunde und eine Verteilungszulage von 30 Pf pro Stunde erhielten. Die Stundenzulage wird auf die Arbeitsfälle umgerechnet. Ausgeschlossen werden sollten von dieser Lohnregelung die Heimarbeiter, die Handelskettenarbeiter, die Geschloßarbeiter sowie die Kettenarbeiter, die in Kettenfabriken unter 13 Millimeter arbeiten. Begründet wurde dieser Ausschluß von der allgemeinen Lohnerhöhung seitens der Arbeitgeber mit den besonderen schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen, die in diesen Sorten infolge der Konkurrenz der elektrisch geschweißten Ketten und der auf mechanischem Wege hergestellten Kettengehirne vorliegen. Man erklärte sogar, daß man für einzelne Sorten einen Verkaufspreis erhalten, der nur die Unkosten für Eisen und Arbeitslohn bedeute, während alle übrigen Unkosten für Koks, Geschloßunkosten usw. vom Arbeiter selber zugelegt werden müßten. Von unserer Seite wurde demgegenüber erklärt, daß wir uns der Schwierigkeiten, denen diese Sorten infolge der Konkurrenz der mechanischen Produktionsweise wohl bewußt seien, wir hielten es aber für wertlos, sich einem technischen Fortschritt durch niedrige Arbeitslöhne entgegenzustellen. Ebenso wenig wie die Weber, Schneider und Fuhrleute in anderen Gewerkschaften, den Siegeszug der Webmaschine, Nähmaschine und der Eisenbahnen zu verhindern, ebenso wenig würden auch die Kettenarbeiter den Fortschritt der Technik verhindern können. Auch seien wir der Auffassung, daß ein Gewerbe, welches sich nur durch niedrige Löhne am Leben erhalten könne, nicht mehr existenzfähig sei. Es gelang uns dann auch schließlich unter vielen Mühen durchzusetzen, daß nicht nur alle Betriebskettenarbeiter, ganz gleich in welchen Sorten sie arbeiten, die Zulage von 1,20 M bzw. 1,50 M pro Stunde erhielten, sondern auch die Heimarbeiter erhalten die selbe mit Ausnahme derjenigen, die Handelsketten anfertigen. Um die Heimarbeiter namentlich um solche, die Handelsketten anfertigen, ist wohl am meisten gekämpft worden. Immer und immer wieder wurde seitens der Arbeitgeber darauf hingewiesen, daß die Heimarbeiter eigentlich in dem Tarifvertrag nichts zu suchen hätten, weil sie für selbständige Hausgewerbetreibende anzusehen seien. In den ersten Tagen der Verhandlung weigerte man sich sogar strikte, die Heimarbeiter mit in den Tarifvertrag aufzunehmen. Ferner wurde uns entgegengesetzt, daß die Heimarbeiter unter ganz anderen Verhältnissen arbeiteten, als die Betriebsarbeiter. Der Heimarbeiter habe in den meisten Fällen eine eigene Werkstatt mit einem Handwerker, der er in den Sommermonaten hauptsächlich nachhänge. Auch sei der Heimarbeiter günstiger gestellt in Bezug auf Klebungsverbrauch, Hin- und Rückweg zur Arbeitsstelle u. a. m.

Die Heimarbeiter selbst sahen diese Gründe ein und hätten sich daher in vielen Fällen freiwillig erboten, billiger zu arbeiten. Hier hat man seitens der Arbeitgeber wie von uns mit Recht hervorgehoben wurde, Wahrheit und Dichtung miteinander vermengt. Wahr ist, daß es in der Kettenindustrie sowohl selbständige Hausgewerbetreibende als auch Heimarbeiter gebe. Letztere kommen jedoch vornehmlich in Frage und die Entscheidung darüber, wer Hausgewerbetreibender, wer Heimarbeiter ist, könne nicht dadurch entschieden werden, daß man sämtliche in der Kettenindustrie beschäftigten Kettenarbeiter einfach von der tariflichen Regelung ausschloß, sondern müsse von den Gewerbebehörden oder von den Betriebsleitungen gefällt werden. Das dieses die praktische Lösung sei, mußten die Arbeitgeber selbst zugeben und sich deshalb dazu bequemen, auch für die Heimarbeiter die Lohn- und Arbeitsbedingungen wie bisher tariflich festzulegen. Weiter führten wir aus, daß es mit den besonders günstigen Verhältnissen, unter denen die Heimarbeiter angeblich leben sollten, ebenfalls nicht weit her sei. Auch hier habe wieder nur ein Teil der Heimarbeiter ein eigenes Geschäft. Aber auch selbst dann, wenn tatsächlich alle Heimarbeiter ihren kleinen Kotten haben sollten, würde es unseres Erachtens doch unrichtig sein, wenn die Arbeitgeber den Nutzen aus diesen besonderen Verhältnissen in die eigene Tasche stecken wollten. Oder sei es so, daß der Arbeiter unter allen Umständen nur das Existenzminimum haben dürfe. Woher nähmen denn die Arbeitgeber das Recht her, daß sie alles was nach ihrer Ansicht über das Existenzminimum hinausgehe, ganz gleich ob es ererbt, oder durch mühsame Heimarbeiter erworben ist, durch niedrige Löhne für sich zu beanspruchen. Ob Betriebsarbeiter, ob Heimarbeiter dürfe bei der Festlegung des Grundlohnes keine Rolle spielen. Dieser Grundlohn sei ja jahrzehntelang von den Arbeitgebern selbst als Recht anerkannt worden. Wir müßten deshalb scharfe Verwarnung dagegen einlegen, daß man jetzt seitens der Arbeitgeber anderer Ansicht geworden sei, und die Grundlöhne für die Heimarbeiter in Handelsketten und in Schiffs- und Maschinenketten unter 13 Millimeter niedriger gestellt habe, als die der Betriebsarbeiter.

Schluß folgt.

Literatur

Der neugegründete, sehr ruhige „Echo-Verlag“, Duisburg, hat seine Sammlung „Wörter der Arbeit“ herausgegeben: Eduard Herzog und Georg Wobser durch verschiedene neue Bände vermehrt, unter denen besonders der 3. Band „Verständigung der Menschheit“ eine wichtige Rolle spielt. Die Frage nach dem Problem Sozialismus ist zu einem Schlagwort geworden, mit dem jeder Wald- und Wiesenarbeiter haften geht. Bei dem Mangel an wirklich orientierenden Schriften über dieses Problem ist das Buch von Schmitz eine direkte Notwendigkeit. In fester Obeliskität, mit beiden Füßen auf dem Boden der Realität stehend, untersucht der Verfasser die Möglichkeiten, Zweckmäßigkeit und Durchführbarkeit der Verstaatlichung.

In ruhiger Sachlichkeit geht er den sozialistischen Schlagworten bis in ihren Kern nach und weist zwingend nach, daß gerade die Idee der materialistischen Geschichtsauffassung die Lebensgrundlage eines echten Sozialismusgedankens ist, weil ihr die Grundlage, auf der allein eine wahre Gemeinwirtschaft errichtet werden kann, nämlich das stützende Prinzip fehlt. Aus dem gleichen Grunde ist die sozialistische Idee auch nicht fähig, erfolgversprechend den Kampf gegen den kapitalistischen Geist zu führen, weil sie, wie die Fortschrittler, in der Lage wäre, aber nicht den Geist.

Der Verfasser kommt des näheren auf die Möglichkeit der Verstaatlichung der Eisenindustrie zu sprechen, die er aus wirtschaftlichen Gründen, aber auch besonders aus Interesse für die Arbeiterklasse ableitet. Das eine fordert er jedoch mit allem Nachdruck und das ist auch der Grundzug seines Buches: Das alte absolute privateigentumliche System muß einer Mitbestimmung der Arbeiterklasse weichen und das soziale Gefühl muß mehr als bisher mit in den Vordergrund treten. Die ersten Reime der neuen Wirtschaftsform sieht Schmitz in den Arbeitergemeinschaften und Selbstverwaltungsgemeinschaften, auf die er ausführlich eingeht. Er ist sich jedoch bewußt, daß auch diese Formen nur den Anfang des Weges zu einem wirklich neuen Wirtschaftssystem abgeben können.

Das Buch von Schmitz muß in der Hand eines jeden denkenden, den Schlagworten nicht befriedigenden können, zu finden sein. Vor allem müssen unsere Vertrauensleute und Betriebsräte diese Materie eifrig studieren. Bei dem Preis von 5.- M dürfte kein eifriger Kollege zaudern, das Buch beim „Echo-Verlag“, Duisburg, Wiesenstraße 15, zu bestellen.

Wirtschaftsrundschau

Neue Wege der deutschen

Industrieentwicklung

Dr. C. v. d. Boon.

In den Kreisen der breiten Massen der Sozialdemokratie sowohl, als auch teilweise noch der Führer, ist es allgemeine Auffassung, daß der Kapitalismus mit „Naturnotwendigkeit“ in den Sozialismus ausmünden müsse. Darum ist auch bei den Entwürfen zu einem neuen sozialdemokratischen Parteiprogramm vielfach so entschieden getabelt worden, daß darin der Hinweis auf den Sozialismus fehle. Es müsse im Programm ausgeprochen werden, daß sich die kapitalistische Gesellschaft aus innerer geschichtlicher Notwendigkeit heraus, nach unentrinnbaren, ehernen Gesetzen, zum Sozialismus entwickle. Durch die Festlegung dieser „Tatsache“ werde eine starke agitatorische Wirkung erzielt, und zugleich werde dadurch die Überzeugung in den Massen befestigt, daß der endliche Sieg des Sozialismus unausweichlich sei.

Während so die Massen von einer Überbetonung des Kapitalismus träumen, und davon reden, daß der Kapitalismus „abgewirtschaftet“ habe, lehrt die

neuerliche Industrieentwicklung

das Gegenteil. Arthur Helden stellt in der „Wissenschaftlichen Wochenschrift der Sozialdemokratie der „Neuen Zeit“ (2. Sept.) fest, daß der deutsche Kapitalismus aus den Verhältnissen nach dem Kriege „Kräfte zu neuer Entfaltung“ gleiche und von einer etwaigen automatischen Entwicklung zum Sozialismus durchaus keine Rede sein könne.

Statt einander niederzukonkurrieren, wie es der Sozialismus voraussetzt, erleben wir heute bei den gewerblichen Unternehmungen eine Zeit der Annäherungen, der Bildung von Interessengemeinschaften, der Kartellen. Seitdem steht ein Hauptgrund hierfür in den Momenten der Zerrüttung unseres Geld- und Währungswesens. Das stimmt teilweise. Wie Professor Bedmann in seiner lehrreichen Studie über den Zusammenbruch in der westdeutschen Großindustrie aber nachweist, reichen

die Triebkräfte zur Industrieentwicklung

jedoch schon Jahrzehnte zurück. Zuerst waren es rein technische Momente, dann marktorientatorische, und heute sind die Gründe der beispiellosen Zusammenstoßbewegung im Friedensvertrag, dem veränderten Weltmarkt und der Verschiebung des inneren Absatzes zu suchen. Durch den Rückfall Vorkriegens an Frankreich ist das Organisationsprinzip der deutschen Eisenindustrie durchbrochen worden. Vorkriegens erzielte sie dahin die Hälfte der deutschen Eisenerzeugung, hatte 40 % der deutschen Hochofen- und Stahlwerke und 80 % der deutschen Walzwerke. In der Ruhr bildete sich immer mehr die Eisenverarbeitung aus. So waren Vorkriegens und Ruhr nicht zwei getrennte Industriegebiete, sondern ein geschlossenes, durch systematische Organisation der Industrie verbundenes Industriegebiet gewesen. Durch den Verlust Vorkriegens sind deshalb die Ruhrunternehmen zu einem Torso geworden. Hochofen, Stahlwerk, Walzwerk fehlen. Dieser Verlust der Organisation, an der 80 Jahre lang gebaut wurde, ist das Bedenkliche, hat Bedmann, und nicht der quantitative Verlust der Anlagen. Der Ruhrbezirk mußte sich deshalb neu organisieren. Deshalb schließen sich die Einzelwerke zusammen und bilden sie die neuen großen Konzerne; der Zusammenbruch der Kräfte an der Ruhr soll diese vorwärtige Entwicklung bewahren.

In dieser Tatsache darf man nicht mit verbundenen Augen vorbeigehen und glauben, mit Schimpfen wäre die Sache abgetan, wie es in der Sozialdemokratie so häufig geschieht.

Hätte nicht — auch vom Standpunkte des Sozialismus aus — die sozialdemokratische Presse alle Veranlassung, die neuerliche Industrieentwicklung mit Verständnis zu verfolgen, statt sie vielfach mit häßlichen Glosse zu begleiten? Karl Marx lehrt, daß die Wirtschaft zu höherer Produktivität entwickelt sein muß, bevor die Vergeßlichkeit der Produktionsmittel einsetzt kann, und sozialdemokratische Führer wie Kautsky und Cunow vertreten die Anschauung noch heute. So schreibt Kautsky in seiner neuesten Schrift: „Von der Demokratie zur Staatsrevolution“:

Wir Marxisten sind uns darüber einig, daß der sozialistische Aufbau um so rascher und entschlossener vor sich gehen kann, je mehr die Großindustrie entwickelt, der Verkehr vervollkommen ist, je mehr die Städte über das flache Land überwiegen, und: „Die sozialistische Revolution hängt ab von der Entwicklung der Produktivkräfte, der Zahl und den Fähigkeiten des industriellen künftigen Proletariats. Wer diese Faktoren schädigt, wirkt gegenrevolutionär und mag er noch so viele Bourgeois plündern oder erschlagen. Unser Lehrer heißt Karl Marx und nicht Max Höhl.“

Im übrigen darf man nicht übersehen, daß die Tendenzen, die sich in der neuerlichen Entwicklung der Industrie zeigen, so mannigfaltig sind, daß sie jeder Schablone spotten und auch insofern zu einer Auffassung, als entwickle sich die heutige Wirtschaft automatisch zum Sozialismus, keinen Anlaß geben.

So schreibt denn auch ein mehrheitssozialistisches Organ, das Echo, Hamburg, am Schluß einer Betrachtung über die derzeitige Betriebskonzentration: „Wir wachsen nicht automatisch in den Sozialismus hinein, wir müssen uns in das soziale Neuland mühsam hineinarbeiten. Nicht geheimnisvolle Naturkräfte — ein übermenschliches Fatum — bestimmen die Entwicklung der Menschheit, die Menschen sind es, die sie gestalten und schaffen. Das Proletariat, dieses Heer von Kopf- und Handarbeitern, trägt kein Schicksal und eine Zukunft in eigenen Händen.“ — Auch hier wird zugegeben, daß die Beeinflussung und Gestaltung der Wirtschaft in erster Linie Sache der Menschen sein muß, und damit ist der Hauptgrund der sozialistischen Lehre, nämlich daß die Materie alles bewegt und von ihr alles abhängig ist, als falsch gekennzeichnet. Soll aber die Wirtschaft der Zukunft eine frühere Form der Gemeinwirtschaft bilden, so kann eine solche nicht lediglich durch neue Formen herbeigeführt, sondern nur durch Menschen, die selbst ein hohes Grad von Gemeinheitsgesinnung anzuweisen. Auf diesen neuen Menschen wird man bei einer Sozialdemokratie, für die die Revolution eine weltliche Lebensbewegung bedeutet, voraussichtlich noch lange warten müssen. Diese neue Wirtschaftsform kann sich nur nach den natürlichen Triebkräften ausbilden, die im Christentum verankert sind.

Die französische Hüttenindustrie

Die französische Hüttenindustrie hat im ersten Halbjahr 1921 den Eindruck einer großen Bewegtheit gegeben, man spricht nur von Aufwärtstendenz und Wiederbetriebsnahme von Hochofen. Tatsächlich war die Erzeugung aber regelmäßig, da sie jeden Monat zwischen 282 000 Tonnen bis 292 000 Tonnen schwankte, erreichte im März, wo sie 290 000 Tonnen erreichte. Ebenso war es bezüglich des Stahles, wo man von Januar bis Juni einen Anstieg von 90 Prozent feststellen kann (244 000 Tonnen statt 257 000 Tonnen). — Das soll indessen nicht betonen, daß es mit der französischen Hüttenindustrie im ersten Halbjahr 1921 gar nicht schlecht war. Die Erzeugung hielt sich zwar auf der gleichen Höhe, aber sie fand auch schon im Januar sehr tief, denn statt der

280 000—290 000 Tonnen könnten die französischen Werke 600 000 bis 700 000 Tonnen im Monat liefern. Es sind also reichlich viel Hochofen außer Betrieb gewesen. Dazu kommt, daß wenn erzeugen die eine Sache ist, verkaufen eine andere und zur gegenwärtigen Zeit viel schwieriger ist. Die Lager von Erzeugnissen in den Werken der Werke sind groß. Man kann also sagen, daß, wenn die Statistik eine vollkommene Regelmäßigkeit der Gütererzeugung im ersten Halbjahr aufweist, dieses belagt, daß der Betrieb der Werke schon zu Anfang des Jahres eine wesentliche Verengung aufwies und ferner, daß man vorzog, auf Lager zu arbeiten, anstatt die Werke trotz des Verkaufes mit Schäden stillzulegen.

Versailles und die englische Krise

Die Bedeutung der wirtschaftlichen Wohlfahrt Deutschlands für England ist niemals klarer erkannt worden als in der heftigen Krise, die heute die britische Wirtschaft schmerzt. Auf der Jahresversammlung der Labour Party im Juni 1921 erklärte Lloyd George in seiner einleitenden Ansprache: die wirtschaftliche Not der englischen Arbeiter habe ihre Wurzeln in den Friedensbedingungen gegen Deutschland. Es sei ein unübersehbarer Fehler der Entente-Regierungen, einen Wirtschaftskrieg zu führen, um die Mittelmächte dauernd zu Krüppeln zu machen. Die große Mehrheit der Arbeiter begäbe zu verstehen wie unzulässig die Politik der alliierten Regierungen sei, die in den Reparationsbedingungen zum Ausbruch komme. Die Erwerbslosigkeit in der Schiffbauindustrie könne in der Hauptstadt ihnen zugeschrieben werden. Insofern liege heute in den britischen Häfen über eine Million Tonnen Schiffsraum still und 10 000 britische Werftarbeiter seien erwerbslos auf die Straße gesetzt. Die Schiffbauer gingen an, auszugeben, daß die besagte Politik verfehlt war, und wünschten, daß die Regierung keine Schiffe mehr von Deutschland annehme, wenn — nämlich vielmehr Deutschland einige der ihm gewonnenen Schiffe zurückgibt, weil die Vorfürsorge der Reparationsbestimmungen die englische Werftindustrie zerstören.

In dreifacher Richtung wird England durch die Verarmung Deutschlands geschädigt: es kann nicht nur viel weniger absetzen; ferner muß der Absatz an Gütern, die überflüssig mit Deutschland in wirtschaftlicher Wechselwirkung stehen, sinken; endlich vermag Deutschland infolge des Tiefstandes seiner Valuta England zu unterbieten. Erstes kommt darin zum Ausdruck, daß Deutschland die englischen Verbraucher heute billiger und in besserer Qualität bedient, Aluminiumgegenstände, Zelluloidartikel von der Spielware bis zur Automobilindustrie, pharmazeutische Produkte, Kristallwaren, Kämme, Elektromotoren und Installationsmaterial, Glühlampen, Seilwerke, Gasapparate, Haushaltsgegenstände, Duffstoffe bietet. Alles das findet auf dem englischen Markt Aufnahme, wie sehr sich auch die mit Hilfe der Regierung im Kriege großzügigen Konsumverhältnisse Englands dagegen streuten. — Das zweite läßt sich schwerer beweisen. Als Beispiel sei die Tatsache erwähnt, daß der Einkauf riesiger Warenmengen in England und in den Vereinigten Staaten durch händliche Handelsleute, was wiederum nach Mittel- und Osteuropa sich als Rückschlag erwiesen hat. — Für das dritte erdicht kein als Beispiel die Schwierigkeiten der englischen Steinindustrie genannt, die freilich durch den Werftarbeiterstreik des Jahres 1921 verstärkt wurden. Ende April waren von 50 000 Arbeitern dieser Industrie 35 000 arbeitslos. Die Hoffnungen der Unternehmer richteten sich völlig auf fremde Weltteile: auf Kanada, die Vereinigten Staaten, Südamerika und Australien; der Absatz nach Frankreich ist außerordentlich schlecht, und der italienische Markt droht auf immer verloren zu gehen. Ist es doch Deutschland in letzter Zeit gelungen, seinen Absatzmarkt in Steinwaren auszuweiten. Große Mengen davon, namentlich Tafelgeschirre und sanitäre Eisingutwaren, gehen nach Italien.

Der Export Englands leidet schwer unter den Handelschwierigkeiten mit den beiden besten Kunden, die es vor dem Kriege hatte: Indien und Deutschland. 1913 betrug die Gesamtsumme nach Indien 71 670 000, nach Deutschland 60 500 000, nach den Vereinigten Staaten 59 453 000, nach Frankreich 39 883 000 Pfund Sterling. Die Ausfuhr nach Indien ist durch die Zollpolitik Lloyd Georges sehr ungünstig beeinflusst worden. Auch freilich die Industrialisierung dieses Landes schneit fort. Die Entwicklung der indischen Eisenindustrie geht so rasch vorwärts, daß es fraglich erscheint, ob die Rohstoffförderung des Landes jährlich etwa 20 Millionen Tonnen, damit Schritt zu halten vermöge. Zwei große Eisen- und Stahlwerke sind in Indien entstanden, die „Bengal Iron and Steel Company“ es bis 1919 auf eine Jahresproduktion von 120 000 Tonnen Stahlwerken brachte. Doch wird dies nur als Anfang betrachtet. Das Unternehmen beschäftigt 23 000 Arbeiter, plant jedoch die Anlage einer Industriestadt für 60 000 Köpfe. Wenn die Weltwirtschaftskrise behoben werden soll, kann das nur auf dem Wege über die Revision des Versailler Friedensvertrages geschehen.

Die nordamerikanische Krise

Die Weltwirtschaftskrise wirkt auch in Amerika unverändert hart fort. Die Arbeitslosigkeit hat einen erschreckenden Höchststand erreicht; — man schätzt die Zahl der Arbeitslosen auf 8 Millionen und erwartet ein Anwachsen auf 9 Millionen — wenn sich die Lage nicht ändert. So früher 31 Hochofen an der Arbeit waren, sind heute nur noch 70 in Betrieb, von 62 000 Beschäftigten stehen 12 650 still, von 23 Millionen Wollspinneln sind ein Viertel arbeitslos. Zwar hat die Baumwollindustrie laut Glanz und Wissen in der letzten Zeit höhere Preise erzielt, aber nur darum, weil die jetzige Weltmarktlage infolge der Verminderung der Absatzfläche und des Sinkens des Ertrages um 48 v. H. der Baumwollenernte von 1920 zurückbleibt; infolgedessen ist der Wert dieser halb so großen Ernte so gestiegen, daß er bei den jetzt stillstehenden Werken mehr einbringt als eine doppelt so große Ernte noch vor wenigen Wochen gebracht hätte. Wirtschaftlich ist eine solche Preissteigerung durch Unterbindung der Produktion freilich sehr nachteilig. Hervorzuheben wäre auch, daß die Rohstoffindustrien in den Vereinigten Staaten im August die höchste Raster seit Februar erreicht haben.

Ein Ausweg aus dieser schwierigen Lage wird tödlich unzulässig, so lange, bis durch den Krieg gekürzte internationale wirtschaftliche Beziehungen nicht wieder hergestellt und der Versailler Friede wiederhergestellt wird. Vorläufig sucht man durch Verengung der jetzigen Löhne der Industrie, anzubahnen und die Arbeiter mäßigen, durch die schärfste Arbeitslosenvergesamlung. Der Stahlmarkt, der wichtigste aller Märkte hat den Standeslohn seiner Arbeiter von 48 auf 30 Cent herabgesetzt und geht zu dieselben Löhnen wie 1914, obwohl die Kosten der Lebenshaltung noch immer 75 Prozent höher sind als damals. Das Eisenbahnarbeitsamt hat

wiederholt Lohnherabsetzungen vorgenommen und auch in den anderen Industrien sieht sich dieser Lohnabbau vor. Eine solche Ende abzusehen ist. Trotzdem gibt es in Europa viele Arbeiter, die in Amerika noch immer das Colorado reich und mächtigen Verdienstes sehen.

Die Lage der Metall- und Eisenindustrie in der Tschecho-Slowakei

Die Lage der gesamten Industrie dieses an Deutschland grenzenden und von 9 Millionen Deutschen bewohnten Staates ist trübselig. Die Krise ist bei uns nicht bloß wie in anderen Staaten ein Rückschlag auf die abnorme Friedensbeginn-Produktion, sie ist ein vorübergehender Fieberanfall, sondern sie ist in vielen Industriezweigen ein System hoffnungsloser Schwindung. Bisher hat der durch den Krieg verursachte Warenmangel die Wirkung der Verengung in der Handelsbeziehungen und der Verarmung einzelner Wirtschaftsgemeinschaften verdeckelt; jetzt beginnt es sich zu zeigen. Die steigende Arbeitslosigkeit nicht nur in deutschen, sondern auch in tschechischen und slowakischen Industriezweigen, führt jetzt eine bereits sprache: besonders in den letzten ist die Gefahr finanzieller Unzulänglichkeit als Folge der Arbeitslosigkeit die größte. Die Exportländer, mit denen man im Ausland geschäftlich hat, vermindern sich, die Handelsbilanz und mit ihr die Valuta geraten ins Wanken, die Steuerkraft sinkt, die finanzielle Krise ist unausweichlich. Zu spät erkennt die tschechische Regierung, daß unsere Industrie die Nachbarn als Käufer viel dringender braucht, als sie uns als Käufer und Lieferanten benötigt.

Darum muß eine vollständige handelspolitische Neuorientierung erfolgen. Abkehr von jeder Selbstisolation und Teilnahmefähigkeit gegen die Nachbarn, von der Bewirtschaftung im Innern gegen die Deutschen. Es muß eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den angrenzenden Staaten folgen.

Die Folge dieser verkehrten Handels- und Wirtschaftspolitik ist der Niedergang und Untergang der einst so blühenden Industrie in den tschechischen Gebieten von Böhmen, Mähren und Schlesien, welche Gebiete man früherhin Endelien und der nennt. Heberall sieht man auf Betriebseinstellungen und Stilllegungen. Selbstredend hat diese Arbeiterentlassungen in größerem Umfang im Gange. Auch ist die Notlage der Metallindustrie. Seit der zweiten Hälfte 1920 hat die wirtschaftliche Lage der Metallwarenindustrie wesentlich verschlechtert. Als Gründe hierfür sind anzuführen die unaufrichtliche Steigerung der Preise für Rohstoffe, hauptsächlich für Eisen und Kohle, die Einschränkung der Nachfrage, die übertriebene Preissteigerung, die infolgedessen haben die Preise der Eisenwaren eine verhältnismäßig außerordentliche Höhe erreicht, so daß die Ausfuhr ständig zurückgegangen und jetzt auf ein Minimum gesunken ist. Die tschechischen Maßnahmen in der Krise sowie der reichliche deutsche Geschäftserfolg haben die Ausfuhr nach Österreich und dem Osten nahezu vollständig gestoppt.

Penalzeichen in dieser Hinsicht ist die Abkehr der Exporte ins Ausland. So haben wir eine große Anzahl Metallwarenfabriken unterhandlungen um Absatzmärkte bei Wien und bei Dresden angeht und wollen ihre Betriebe nach Deutschland verlegen. Von kleineren Betrieben die ebenfalls nach Deutschland sich verschieben wollen, sei hier nicht abgesehen. Diese Industriestücke beweisen, daß die Friedensverhältnisse in Deutschland günstig sind als in der Tschecho-Slowakei.

Die österreichische Industrielage

Die zunehmende Entwertung der Krone wirkt natürlich auch auf die Eisenindustrie ungünstig. Denn alles was sie aus dem Ausland beziehen muß, und das ist nicht wenig, muß sie von Tag zu Tag teurer bezahlen. Anhebende bei den Rohstoffen führen die Unternehmer die Preissteigerung aller fremden Zahlungsmittel.

Schwer eine schlechte Währung die Ausfuhr behindert, haben doch die österreichischen Industrien der Eisenindustrie keinen besonderen Vorteil vom schlechten Kronenkurs, da die Erleichterungen, die dieser der Ausfuhr gewährt, durch Schwierigkeiten in den Exportländern größtenteils wieder aufzuheben werden. So hat die Ausfuhr von Maschinen nach Italien fast ganz aufgehört, weil dieses Land neue hohe Zölle einführt hat. Auch nach anderen Ländern ist die Ausfuhr schwierig und überall begehrten die österreichischen Erzeugnisse dem Wettbewerb der deutschen.

Im Ausland ist die Nachfrage nach Maschinen nicht bedeutend, dagegen ist sie seit einiger Zeit recht lebhaft nach Kleinzeug, Haushaltsgegenständen, Werkzeugen, kurz nach Metallwaren, die im Haus und in der Werkstatt notwendig gebraucht werden. Seitdem die Krone wieder sinkt, steigen alle Preise, und da noch weitere Preissteigerung befürchtet wird, hat die Beschränkung eine wahre Furcht erregt, und sie sucht schnell nach zu kaufen, was dringend gebraucht wird. Alle Läden sind voll, und die Verkäufer haben nicht Hände genug, die Käufer schnell zu bedienen. Gekauft werden hauptsächlich Textilwaren, Nahrungsmitteleinkauf, Kleider und Schuhe, Eisen- und Metallwaren und was man sonst für die Hauswirtschaft notwendig braucht. Es ist ein wahrer Ausverkauf und in vielen Läden steht es mit den Waren vorrätigen schon zu Ende. Wer zwei Hemden verlangt, bekommt nur eins.

Nur die Deutschen behalten ihren Besitz an österreichischen Industriearbeiten, weil sie ein industrielles Österreich brauchen haben, während Italiener, Franzosen, Engländer usw. nur ein rein finanzielles Interesse daran nehmen. Einmal will aus der Alpen Montan-Gesellschaft etwas machen, die Italiener wollten nur Geld daraus ziehen. Auch für die Industrieunternehmen in der Tschecho-Slowakei, in Ungarn, Süditalien usw. ist das Interesse der Ausfuhr erloschen, sie interessieren sich nur noch für die Banken, weil sie die zu ihren Dispositionen brauchen.

Die Banken funktionieren. Ihnen ist die Volkswirtschaft furchtbar wichtig und schmerzhaft. 20 Prozent Zinsen verlangen sie für Darlehen und auch dann geben sie es an die Industrie erst nach launenhaft und her. Während ein kapitalistischer, anerkannter Industrieller die größte Mühe hat, ein paar hundert Millionen gegen alle Schwierigkeiten geborgt zu erhalten, hat man einem jungen Mann aus Holland, der nichts zu seiner Empfehlung anboten konnte, als daß sein Vater ein reicher Diamantenhändler in Amsterdam sei, die Millionen geradezu an den Hals geworfen in belandische Gulden, die er gar nicht bezieht. Mit fast einer Million Kronen hat dieser talentvolle junge Mann 24 Geschäfte und Privatbankiers hineingelegt. Man sieht daraus, wie leichtfertig die Wiener Banken arbeiten.